

Zur Tagesordnung: <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-09-24>

Am Beginn große Freude von allen, dass Karl Wilfing nach seinem gesundheitlichen Notfall genau vor einem Monat (Herzstillstand, Rehab...) den Vorsitz führt. [Bewegende Worte von Präsident Wilfing im TOP 1](#)

TOP 3: Aktuelle Stunde der Abgeordneten Mag. Hackl u.a. betreffend Klarheit statt Panikmache: Hochwertige Rettungsversorgung für NÖ bleibt gesichert
dazu der [Redebeitrag von NEOS-Abg. Edith Kollermann](#): Entscheidend sei nicht, wie viele Notarztstützpunkte in unserer Landkarte eingezeichnet seien, sondern, ob die Menschen rasch Hilfe bekämen. Ein „Weiter wie bisher“ sei keine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik. Nicht jede bestehende Struktur könne auf alle Zeiten beibehalten werden. Vielmehr müsse das Gesundheitssystem so organisiert werden, dass die Menschen auch in zehn, 20 und 30 Jahren gut versorgt seien. Sie bedauerte, dass Karin Scheele als erfahrene Gesundheitssprecherin abgelöst wurde und die Sozialdemokratie künftig auf diese Expertise verzichten wolle.

TOP 5: Berichte der Landesregierung des Ressorts Landwirtschaft im Jahr 2025 betreffend A: Wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich (Der Grüne Bericht); B: Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion
Zustimmung ÖVP, FPÖ, SPÖ, NEOS, Ablehnung GRÜNE

TOP 8: Antrag der Abgeordneten Mag. Moser, MSc u.a. betreffend verpflichtender Klimaausweis für öffentliche Gebäude in Niederösterreich [NEOS-Abg. C. Müller meint dazu unter anderem](#): Es solle den Menschen besser gehen, dafür seien jedoch konkrete Maßnahmen notwendig. Ein Klimaausweis helfe dabei nicht, sondern Sorge nur für mehr Bürokratie. Dieses Instrument mache keinen Raum um ein Zehntel-Grad kühler.
Zustimmung zum Antrag nur von den Grünen

TOP 10: Antrag der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber u.a. betreffend Pflicht einer Umweltverträglichkeitsprüfung für Rechenzentren im UVP-G 2000 verankern
Sie betonte, sie möchte in keinem Land leben, wo globale Player einfach Rechenzentren hinstellen und auf der anderen Seite Windkraft noch immer sieben bis zehn Jahre dauert; was an Kommunalsteuern und Wertschöpfung in der Region bleibe, sei überschaubar.
Vom Land NÖ wurde bereits am 11.09.2026 ein UVP-Verfahren für Rechenzentren vorgeschrieben, im Bund ist aktuell eine UVP-Novelle in Begutachtung.
Zustimmung zum Antrag nur von den Grünen